

DEMOKRATISCHE RESILIENZ

TEIL 1: BEGRIFFE, PERSPEKTIVEN UND STRATEGISCHE HERAUSFORDERUNGEN

von Alexander Stulpe

1

Ein zentrales Kriterium demokratischer Resilienz ist das normative Selbstverständnis der liberalen Demokratie, das aufs Engste mit dem modernen Leitwert der Freiheit von Individuen verbunden ist. Die gegenwärtigen Infragestellungen der Demokratie zielen auf diesen Wert: als autoritäre Angriffe auf die Freiheit zur Durchsetzung antimodernistischer Gegenentwürfe, aber auch im Namen „alternativer“ Freiheitsverständnisse. Eine theoretisch an demokratischer Resilienz ausgerichtete Betrachtungsweise zeigt, was in diesem Konflikt auf dem Spiel steht, mit welchen Gegnern es die liberale Demokratie zu tun und worauf sie sich einzustellen hat.

Resilienz ist die Fähigkeit einer mechanischen Feder, nach einer externen Krafteinwirkung in ihren Ausgangszustand zurückzuspringen (lat. *resilire*). Resilienz ist auch die Fähigkeit eines Öko-Systems, sich nach Umweltkatastrophen zu regenerieren oder sich den Folgen des Klimawandels anzupassen und fortzubestehen. Hier ist das *bouncing back* nicht mehr wörtlich im Sinne der Wiederherstellung eines vorherigen Zustands zu verstehen, denn die betroffenen Systeme verändern sich ohnehin permanent, und erst recht dann, wenn sie ihre Fortexistenz durch Adaption erreichen. Das Kriterium ihrer Resilienz kann nicht im *status quo ante* gesucht werden. Das gilt auch für die psychologische Verwendung des Resilienz-Begriffs, der wohl am stärksten zu dessen Popularisierung beigetragen hat, in Verbindung mit der allgemeinen gesellschaftlichen Stimmung einer durch multiple Krisen geprägten Gegenwart. Resilienz bezeichnet in diesem Kontext die psychische

Fähigkeit von Individuen, lebensgeschichtliche Krisen unbeschadet zu überstehen, Schicksalsschläge und andere potenziell traumatisierende Ereignisse zu bewältigen, also eine generelle Widerstandsfähigkeit gegenüber den ihrerseits widrigen Umständen und Herausforderungen des Lebens. Psychische Resilienz ist ebenfalls kein striktes *bouncing back*. Neben generellen Entwicklungsprozessen und einer Adaptivität, die gerade Ausweis ihrer Resilienz sein kann, sorgt das Gedächtnis psychischer Systeme dafür, dass ihr Zustand nach einem einschneidenden Ereignis nicht derselbe sein kann wie davor: Es gibt kein Zurück. Die Frage, ob – und auch: ab welchem Zeitpunkt – das betroffene Individuum die Krise im Wesentlichen unbeschadet überstanden hat, entscheidet sich auf einer anderen Ebene, nämlich derjenigen seiner Identität: Ist die betroffene Person trotz aller krisenbedingten möglichen Schädigungen und adaptiven Veränderungen im Wesentlichen mit sich

identisch, sie selbst geblieben? Gerade die für die Resilienz komplexer Systeme zentrale Adaptivität bedingt die Notwendigkeit eines Kriteriums, anhand dessen zu entscheiden ist, ob sich das System in seiner Transformation während und infolge einer Krise oder eines Schadensereignisses als resilient bewährt – oder aber kollabiert. Dieses Kriterium verweist begrifflich auf den Resilienz-Faktor der Persistenz, der auch zentral ist bei der Betrachtung demokratischer und generell gesellschaftlicher Resilienz.¹

Psychische und gesellschaftliche Resilienz verweisen in mehrfacher Hinsicht aufeinander, sind aber unter theoretischen wie praktischen Gesichtspunkten voneinander zu unterscheiden. So stellen die meisten gesellschaftlich relevanten Krisen und Schadensereignisse zwar sowohl die Resilienz eines Gemeinwesens als auch die psychische Resilienz seiner Angehörigen auf die Probe; man denke etwa an Pandemien, Kriege und Terroranschläge. Aber umgekehrt gilt das nicht unbedingt; und individuelle Resilienz-Ausfälle schwächen, sofern sie nicht ihrerseits pandemisch werden, nicht unbedingt die Widerstands- und Regenerationskraft der Gesellschaft. Umgekehrt mögen die psychische Stabilität und Robustheit seiner Bürgerinnen und Bürger der Resilienz eines Gemeinwesens in Krisensituation grundsätzlich zuträglich sein. Aber es gibt auch aus psychologischer Sicht sinnvolle Kompetenzen, die die individuelle Resilienz in Krisensituationen stärken, sich aber vom Standpunkt demokratischer Resilienz eher kontraproduktiv auswirken können, namentlich die Fähigkeit, sich mit widrigen äußeren Umständen, auch konkret demokratiegefährdenden gesellschaftlichen Entwicklungen einfach individuell zu arrangieren.

Vor allem aber spielen bei gesellschaftlicher Resilienz Faktoren eine Rolle, die jenseits der psychologischen Betrachtung von Individuen liegen, insbesondere materielle, organisatorische, institutionelle und auch gesellschaftlich relevante mentale Dispositionen, die sich in der Abwehr von Gefahren, Bedrohungen und Krisen beziehungsweise der Minderung ihrer Schadenswirkungen und ihrer möglichst schnellen Bewältigung bewähren.

Das betrifft konkret beispielsweise Sicherheitsbehörden und Krankenhäuser, Notfallpläne und andere Ressourcen im Bereich des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes oder der Zivilverteidigung und der Streitkräfte im Falle bewaffneter Angriffe. In spezifisch sicherheitspolitischer Perspektive geht es darum, in einer durch hybride Bedrohungen und die Gefahr militärischer Eskalation geprägten Lage die eigene Verwundbarkeit (Vulnerabilität) durch den Aufbau von Resilienz zu reduzieren, um die Schadenswirkung von Angriffen zu minimieren und den Aggressor so günstigstenfalls durch die Einsicht der Vergeblichkeit seiner Bemühungen abzuschrecken (*deterrence by denial*). Die NATO versteht in diesem Sinne „resilience“ als „*first line of deterrence and defence*“.²

Aspekte demokratischer Resilienz

In einem im engeren Sinne auf die Demokratie als Regierungssystem bezogenen Kontext definiert Wolfgang Merkel „demokratische Resilienz“ im Sinne der bisher skizzierten Überlegungen als „Fähigkeit eines demokratischen Regimes, externe Herausforderungen und interne Stressoren zu absorbieren“ und in den darin gegebenenfalls notwendigen Anpassungsprozessen seine Identität zu bewahren.³ Sein Hauptaugenmerk gilt dabei den „Resilienzpotentialen“, die er im Hinblick auf Normen, Strukturen, Akteure und deren Interaktionen auf vier institutionellen Ebenen, den „fundamentalen Politikarenen“ des demokratischen Regierungssystems, analysiert: „konstitutionelle Gewalten“, „Parteiensystem“, „Zivilgesellschaft/Diskurse/politische Kultur“ und „politische Gemeinschaft“.⁴ Man kann also im Anschluss an Merkel „demokratische Resilienz“ als Kurzformel für den etwas sperrigen Begriff der Resilienz demokratischer Regierungssysteme oder eben synonym mit „Resilienz der Demokratie“⁵ verwenden. Man kann aber auch an der semantischen Differenz von „gesellschaftlicher Resilienz der Demokratie“ und

1 Zu Theorie und Begriff gesellschaftlicher Resilienz vgl. Alexander Stulpe: Republikanismus und Resilienz. Elemente einer Politischen Theorie der Lebensfähigkeit liberaler Demokratien, in: Zeitschrift für Politische Theorie 14 (2023), H. 1, S. 54-84.

2 NATO – *Topic: Deterrence and defence*, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_133127.htm [Stand: 11.03.2025].

3 Wolfgang Merkel: Wie resilient ist unsere Demokratie?, in: APuZ 74 (2024), H. 27, S. 18-25, hier S. 19.

4 Ebd., S. 19 f.

5 Ebd., S. 21.

Deutsche Revolution:
Gemälde von Ferdinand Bött aus dem Jahr 1906 von der Eröffnung der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am Main am 18. Mai 1848. Die Ereignisse von 1848/49 sind zentral für die deutsche Demokratie- und Nationalstaatsgeschichte. Bild: Picture Alliance/ akg-images | akg-images



„demokratischer Resilienz“ ansetzen und hieraus einen theoretischen Mehrwert ziehen. Dieser Weg soll hier besprochen werden.

Im vorliegenden Zusammenhang soll daher „demokratische Resilienz“ terminologisch für eine Perspektive reserviert werden, die, ausgehend von einem theoretischen Begriff gesellschaftlicher Resilienz,⁶ Demokratien unter dem Aspekt ihrer Herausforderung und Infragestellung als Demokratien betrachtet, mit Blick auf die damit einhergehenden Bedrohungen und Vulnerabilitäten, aber auch auf demokratiespezifische Quellen von Resilienz. Einer solchen Betrachtungsweise ist neben dem analytischen Nutzen zugleich ein strategischer Sinn eingeschrieben, sowohl mit Blick auf die Infragestellung der Demokratie als Demokratie durch deren Gegner als auch durch die Implikationen des Resilienz-Begriffs selbst. Beides betrifft

6 Vgl. Stulpe (wie Anm. 1), S. 62 ff.

zunächst das Selbstverständnis der Demokratie, ihre normative Identität.⁷ Denn diese normative Identität ist einerseits das Kriterium, anhand dessen sich die Persistenz der Demokratie als zentraler Faktor von Resilienz zu bewähren hat,⁸ und sie ist andererseits das Angriffsziel: das, was infrage gestellt wird, wenn die Demokratie als Demokratie herausgefordert wird. Was in diesem Konflikt auf dem Spiel steht, lässt sich auf den Begriff der Freiheit bringen. Darin zeigt sich auch die praktische Relevanz der hier theoretisch unter dem Titel demokratischer Resilienz eingenommenen Perspektive.

7 Die weiteren strategischen und begrifflichen Implikationen demokratischer Resilienz werden in den folgenden Beiträgen dieser Serie vertieft.

8 Zur „P3-Formel“ aus den systemischen, strukturellen und operativen Faktoren *persistence*, *preparedness* und *prevention* vgl. Stulpe (wie Anm. 1), S. 67 ff.

Moderne Freiheit und liberale Demokratie

Den konstitutiven Kern des westlichen Demokratiemodells bildet die für liberaldemokratische Verfassungen wesensbestimmende Verbindung von substanziell universalistischem, egalitär-individualistischem Wertefundament mit der institutionellen Verschränkung von (liberaler) Rechtsstaatlichkeit und (demokratischer) Volkssouveränität.⁹ In ideengeschichtlicher Perspektive steht die liberale Demokratie in der Tradition der emanzipatorischen Ideale von Aufklärung, Amerikanischer und Französischer Revolution: dem Streben nach der Verwirklichung einer vernünftigen, menschenrechtsbasierten Ordnung, der Kritik an und Selbstbefreiung von Vorurteilen und illegitimen Autoritäten, im Geiste der „Ideen von 1789“ – Freiheit, Gleichheit, Solidarität – und des in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 konstatierten gleichen Rechts eines jeden Menschen auf *life, liberty and the pursuit of happiness*. Von Abraham Lincoln, aus seiner *Gettysburg Address* von 1863, stammt die vielleicht schönste Formulierung der Einsicht, dass eine solche Ordnung sich nur als Demokratie verwirklichen lässt, als *government of the people, by the people, for the people*, also durch Volkssouveränität, politische Partizipation und (republikanische) Gemeinwohlorientierung. Auf einer höheren Abstraktionsstufe verweisen diese ideellen Motive auf den normativen Gehalt einer Moderne, die sich als „Projekt“¹⁰ der Verwirklichung der Freiheit von Individuen als ihres Leitwerts verschreibt.¹¹ In dieser Perspektive lässt sich der institutionelle Kern liberaler Demokratien, die Verschränkung von Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität, als Verkörperung eines anspruchsvollen und komplexen Begriffs der Freiheit rekonstruieren.

Klassisch werden in der Politischen Theorie und Ideengeschichte „negative“ und „positive“



Freiheitsbegriffe unterschieden.¹² Negative Freiheit wird als Abwesenheit von äußeren Hindernissen verstanden, positive als Autonomie oder Selbstbestimmung, wobei entscheidend hierbei das Verständnis des „Selbst“ und seiner Ziele ist: Eine Person mag negativ frei sein, wenn sie ungehindert gemäß ihrer Willkür handeln kann, aber wenn die Ziele, die sie dabei verfolgt, nicht ihrem „Selbst“ entsprechen – etwa, weil sie unvernünftig oder unauthentisch, zum Beispiel durch Verblendung oder Manipulation bewirkt sind –, ist sie im positiven Sinne unfrei. Demgemäß wird negative Freiheit auch als „Freiheit von“ Hindernissen oder Einmischungen von außen definiert, positive Freiheit als „Freiheit zu“ authentischer Selbstverwirklichung oder vernünftiger Selbstbestimmung. Mit der Negativ-Positiv-Unterscheidung nicht deckungsgleich lassen sich liberale und republikanische Freiheitsverständnisse unterscheiden: Zwar ist das klassisch liberale Verständnis von Freiheit in der Eigentumsformel von John Locke¹³ – *property* umfasst demnach *life, liberty and estate* – negativ akzentuiert. Denn Eigentum (*property*) bezeichnet ein andere ausschließendes, nicht rechtfertigungspflichtiges Verfügungsrecht. Die oben zitierte, von Locke abgeleitete Formulierung aus der Unabhängigkeitserklärung verweist

Französische Revolution: Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789. Die Ereignisse erschüttern nicht nur Frankreich, sondern sie sind auch der Ausgangspunkt für die Verbreitung demokratischer Ideale in Europa. Bild: Picture Alliance/Bildagentur Sunny Celeste

9 Vgl. z. B. Dieter Grimm: Alt, aber nicht veraltet. Das Grundgesetz im 75. Jahr, in: APuZ 74 (2024), H. 9–11, S. 4–10. Vgl. auch Jürgen Habermas: Moralischer Universalismus in Zeiten politischer Regression, in: *Leviathan* 28 (2020), H. 1, S. 7–28.

10 Jürgen Habermas: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt, in: ders.: *Kleine politische Schriften (I–IV)*, Frankfurt am Main 1981, S. 444–464.

11 Vgl. Axel Honneth: *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin 2011, S. 35 ff.

12 Der *locus classicus* ist Isaiah Berlins Oxforder Antrittsvorlesung von 1958, vgl. Isaiah Berlin: Zwei Freiheitsbegriffe, in: ders.: *Freiheit. Vier Versuche*, Frankfurt am Main 2006, S. 197–256.

13 Vgl. John Locke: Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt am Main 1977, S. 253, 278.



US-amerikanische Revolution: Die Menschen setzen sich bei der Boston Tea Party am 16. Dezember 1773 gegen die Besteuerung des British Empire zur Wehr; sie gründen eine eigene Nation mit der ersten demokratischen Verfassung der Welt.
Bild: Picture Alliance

aber mit dem individuell garantierten Recht, nach Glück zu streben (*pursuit of happiness*), auf eine positive Konzeption, und auch gegenwärtige liberale Theorien verstehen: Freiheit im Anschluss an Kant als individuelle Autonomie.¹⁴ Auf der republikanischen Seite wiederum findet sich zwar die klassisch positive Vorstellung von Freiheit als kollektiver Autonomie in Rousseaus Konzeption der Volkssouveränität als *volonté générale*.¹⁵ Aber gegenwärtige republikanische Theoretiker beanspruchen, bewusst von einem voraussetzungsärmeren, negativen Freiheitsverständnis auszugehen, wie der neorömische Republikaner Quentin Skinner, oder konzipieren, wie Axel Honneth, einen anspruchsvollen, höherstufigen Begriff der Freiheit von Individuen als „soziale Freiheit“, der die Berechtigung „negativer“ und „reflexiver Freiheit“ (moralischer Autonomie) mit beinhaltet.¹⁶

-
- 14 Prominent und exemplarisch John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1979.
- 15 Dies war der Bezugspunkt für Berlins Warnung vor dem potenziell totalitären Charakter positiver Freiheitskonzeptionen, denen zufolge es unter Umständen geboten sein kann, dass man ein Individuum – in Rousseaus berühmter Formulierung – „dazu zwingt, frei zu sein“. Jean-Jacques Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag, in: ders.: Politische Schriften. Bd. 1, Paderborn 1977, S. 59–208, hier S. 77.
- 16 Vgl. Quentin Skinner: Die Idee der negativen Freiheit. Machiavelli und die moderne Diskussion, in: ders.: Visionen des Politischen, Frankfurt am Main 2009, S. 135–170. Vgl. Honneth (wie Anm. 11), S. 42 ff.

Honneths Begriff der sozialen Freiheit, verstanden als individuelle Freiheit, die sich durch Kooperation „in einer Einstellung der wechselseitigen Anteilnahme“ unter Gemeinschaftsmitgliedern realisiert, beinhaltet neben dem egalitären auch das solidarische Moment der Ideen von 1789.¹⁷ Das gilt auch für den „expressiven Egalitarismus“ und die solidarischen Implikationen im Freiheitsverständnis von Philip Pettit, eines weiteren neorömischen Republikaners, der „Freiheit als Nichtbeherrschung“ begreift,¹⁸ im Gegensatz zum anspruchsärmeren liberalen Verständnis von Freiheit als (bloß faktische) „Nichteinmischung“.¹⁹ Auch hier verläuft die Differenz nicht zwischen negativen und positiven Konzeptionen, sondern zwischen der bloßen Faktizität des Nicht-Behelligt-Werdens und dem gesicherten Status, nicht von einem anderen abhängig, nicht dessen Willkür unterworfen zu sein, also nicht beherrscht zu werden. Denn der bloßen Nichteinmischung könnte sich unter günstigen Umständen auch ein Sklave erfreuen, der die Gunst seines Herrn genießt, er bleibt aber dennoch unfrei: der persönlichen Willkür seines Herrn unterworfen, der ihm alle Annehmlichkeiten jederzeit entziehen kann und in dessen existenzieller Abhängigkeit er sich befindet. Das republikanische Verständnis von Freiheit als Nichtbeherrschung impliziert daher mit der Notwendigkeit rechtlicher Status-Gleichheit auch, als effektive Garantie dieser Gleichheit, die Forderung nach einer sozialstaatlich organisierten Solidarität, die Individuen davor bewahrt, aufgrund existenzieller Notlagen in persönliche Abhängigkeiten zu geraten.

Ordnung der Freiheit

Man kann die moderne, liberaldemokratische Ordnung der westlichen Demokratien und ihrer säkularisierten, pluralistischen und individualistischen Gesellschaften im umfassenden Sinne als Verwirklichung dieser anspruchsvollen und komplexen Freiheitsidee in ihren unterschiedlichen Aspekten

-
- 17 Axel Honneth: Die Idee des Sozialismus, Berlin 2015, S. 53.
- 18 Philip Pettit: Gerechte Freiheit. Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt, Berlin 2017, S. 120, 120 ff.
- 19 Ebd., S. 12 ff.



Verteidigung der Demokratie: Alliierte Truppen landen am „D-Day“ am 6. Juni 1944 in der Normandie und beginnen mit der Befreiung Frankreichs. Ein knappes Jahr später kehrt mit der Kapitulation NS-Deutschlands zumindest in Teilen Kontinentaleuropas die Demokratie zurück.

Foto: Picture Alliance/SZ Photo |SZ Photo

betrachten und normativ rekonstruieren.²⁰ Dabei werden sowohl die emanzipatorischen Errungenschaften der Moderne erkennbar als auch deren Bedarf und Potential für weiteren „Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit“,²¹ wobei schon der Stellenwert der Freiheit als normativer Maßstab in der kritischen Selbstreflexion der modernen Gesellschaft die zentrale Bedeutung dieser Idee im modernen Selbstverständnis belegt.

Dieses Selbstverständnis liegt auch der normativen Identität der liberalen Demokratie zugrunde, die sich so als institutionalisierte Synthese liberaler und republikanischer Aspekte der Freiheitsidee darstellt. Das lässt sich an den zentralen Motiven der Rechtsstaatlichkeit und der Volkssouveränität und an ihrem Verhältnis verdeutlichen. Das auf die Kontrolle und Begrenzung von politischer Macht zielende rechtsstaatliche Konzept der Gewaltenteilung wurzelt ideengeschichtlich sowohl im neuzeitlichen Liberalismus²² als auch in der republika-

nischen Idee der gemischten Verfassung.²³ Durch ihre Bindungswirkung gegenüber der Staatsgewalt wie gegenüber dem demokratischen Volkswillen schützt die rechtsstaatliche Verfassung die liberalen Freiheitsrechte von Individuen auch vor staatlichen Übergriffen und bewahrt Minderheiten vor einer „Tyrannei der Mehrheit“.²⁴ Man kann darin eine konstitutive Spannung zwischen liberaler Verfassungsstaatlichkeit und demokratischer Volkssouveränität sehen, die das westliche Demokratiemodell als spezifisch liberale Demokratie charakterisiert – und diese durch den ihr eingeschriebenen, konstitutionell garantierten Vorrang der liberalen Freiheitsrechte legitimiert. Aus Sicht der stärker republikanisch akzentuierten deliberativen Demokratietheorie handelt es sich hierbei weniger um ein Spannungs- als um ein wechselseitiges, „gleichursprünglich[es]“

20 Vgl. Honneth (wie Anm. 11).

21 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Werke Bd. 12, Frankfurt am Main 1992, S. 32.

22 Vgl. Locke (wie Anm. 13), S. 291 ff.

23 Seit der römischen Antike ein zentrales Motiv republikanischen Denkens, vgl. Marcus Tullius Cicero: *De re publica*. Vom Staat, Stuttgart 2013, S. 90ff. Vgl. Niccolò Machiavelli: *Discorsi*. Gedanken über Politik und Staatsführung, Stuttgart 2007, S. 10 ff. Vgl. auch Pettit (wie Anm. 18), S. 37 ff.

24 John Stuart Mill: *Über die Freiheit*, Stuttgart 1988, S. 9.



Friedliche Revolution: Nach der Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 stehen Berliner aus beiden Teilen der Stadt auf der Mauer am Brandenburger Tor. Die Diktatur in der DDR ist zu Ende, ganz Deutschland wird demokratisch.
Foto: Picture Alliance/Pansegrau

Bedingungsverhältnis.²⁵ Demnach sind die liberalen Freiheitsrechte Voraussetzung für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Selbstbestimmung ihres Gemeinwesens; aber umgekehrt gewährleistet diese republikanische Selbstbestimmung erst die Legitimität und Substanz dieser Rechte, und zwar in dem demokratischen Sinne, dass „sich diejenigen, die als Adressaten dem Recht unterworfen sind, zugleich als Autoren des Rechts verstehen können“.²⁶ Auch für den neorömischen Republikanismus in der Tradition Machiavellis ist ein politisch-partizipatives, demokratisches Gemeinwesen der beste Garant der individuellen Freiheitsrechte seiner Bürgerinnen und Bürger.²⁷ Die liberale Demokratie zeigt sich so aus verschiedenen Perspektiven in ihrem institutionellen Kern als Verkörperung der Idee der Freiheit, die sich in ihr bewährt und aus der sie sich legitimiert.

Despotie: faule Existenz, parasitäre Gegenordnung

Den Gegenentwurf zu freien Gesellschaften kann man mit Charles Taylor und im Anschluss an die antike und neuzeitliche Tradition republikanischen

25 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1992, S. 155.

26 Ebd., S. 153.

27 Vgl. z. B. Skinner (wie Anm. 16).

Denkens als „despotisch“ bezeichnen.²⁸ In despotischen Regimen ist die „Masse der Bürger der Herrschaft eines Einzelnen oder einer Clique unterworfen“,²⁹ die Despotie ist der Inbegriff unkontrollierter Willkürherrschaft. In der Antike bezeichnete der Begriff die Machtposition des Hausherrn über die Angehörigen seines Haushalts (griech. *oikos*) – Frau, Kinder, Sklaven –, eine seinerzeit für legitim befundene Herrschaft über vermeintlich von Natur aus Ungleiche.³⁰ Vom menschenrechtlichen Standpunkt der Moderne ist die Despotie, wie die mit ihr verknüpfte Sklaverei, Inbegriff des Unrechts und, wo sie noch vorkommt, mit einem Ausdruck Hegels, „faule Existenz“;³¹ illegitim, aber auch obsolet, also durch historische Entwicklungsprozesse überholt und deswegen letztendlich zum Verschwinden verurteilt – eine optimistische Sicht.

Eine in dieser Hinsicht in ihren geschichtsphilosophischen Implikationen weniger zuversichtliche und mehr auf die Funktionsbedingungen despotischer Verhältnisse abzielende Metapher bietet John Keane an, wenn er die von ihm unter dem Begriff des „neuen Despotismus“ untersuchten zeitgenössischen Autokratien und Autoritarismen als „Parasiten“ bezeichnet, die sich „von den Dysfunktionen der Demokratie ernähren“.³² Anders als die Metapher der faulen Existenz impliziert diejenige des Parasiten kein Verfallsdatum. Noch beunruhigender ist, dass diese Parasiten auf solche Dysfunktionen, wie Keane sie anspricht, womöglich gar nicht angewiesen sind. Aus gesellschaftstheoretischer Sicht nutzt eine „parasitäre Ordnung“ die unter funktionalen Gesichtspunkten durchaus sinnvollen Unbestimmtheiten bestehender Sozialstrukturen, um sich zu ernähren, bis sie „vom Zustand der Ausnahme oder der Abweichung in die Position der Primärordnung

28 Charles Taylor: Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus, in: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, hg. von Axel Honneth, Frankfurt am Main, New York 1993, S. 103–130, hier S. 110.

29 Ebd.

30 Vgl. Aristoteles: Politik, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 51 ff.

31 Hegel (wie Anm. 21), S. 53.

32 „*They are like parasites, feeding upon democracy's present dysfunctions.*“ John Keane: The New Despotism, Cambridge (MA) 2020, S. 20.



übergleitet“,³³ beziehungsweise sich als regelmäßig erwartbar in der Gesellschaftsstruktur dauerhaft einnistet und verfestigt. Man kann hierbei beispielsweise an informelle oder illegale Netzwerke denken, die sich die funktionssystemische Inklusionsbedürftigkeit von Individuen in der modernen Gesellschaft für den Aufbau von Machtasymmetrien durch persönliche Abhängigkeiten, Protektion und Gefälligkeiten zunutze machen. Ob „Personen als mitwirkungsrelevant oder nichtmitwirkungsrelevant“ behandelt werden,³⁴ wird dann im Netzwerk entschieden und hängt von persönlichen Beziehungen und der Bereitschaft zu willfährigem Verhalten ab. In ähnlicher Weise können subkulturelle Parallelstrukturen den rechtlich als Freiheit vor staatlichen Eingriffen geschützten Kontingenzspielraum individuellen Verhaltens zur macht- und ideologiegestützten Einrichtung hierarchisch strukturierter Ordnungen parasitär nutzen. Damit wird dann zugleich jener individuelle Kontingenzspielraum durch die Installation vollinklusive Kollektividentitäten und Kontrollregime konterkariert. Beides verbindet sich exemplarisch „im Falle mafioser Organisationen“, die subkulturelle Unterwerfungsordnung und Abschottung (*omertà*) mit dem „Netzsystem“ aus

persönlicher Abhängigkeit, Protektion und Korruption verbinden.³⁵

In dieser Perspektive nisten sich parasitäre Formen wie der Despotismus nicht erst dort ein, wo Demokratie und Gesellschaft möglicherweise bereits dysfunktional sind. Sondern sie nutzen gerade die in dem funktionalen Differenzierungsprimat und seinem Verzicht auf zentrale Vorgaben begründeten offenen Strukturen der modernen Gesellschaft – die Lern- und Selbstkorrekturfähigkeit begründende „Ergebnisoffenheit“, ihre „Lücken“³⁶ für soziale Formbildungen, die sich nicht nur der Reproduktion dieser Strukturen verweigern, sondern sie schädigen und dadurch ins Dysfunktionale erst verkehren. Es steht also zu befürchten, dass die freiheitliche Ordnung der liberalen Demokratie trotz ihrer normativen Attraktivität im modernen Selbstverständnis und trotz ihrer funktionalen Anpassbarkeit an die Komplexität der modernen Gesellschaft nicht vor der Heimsuchung durch soziokulturell-evolutive Wiedergänger beziehungsweise parasitäre *survivals* vormoderner Epochen der

Demokratische Bewegungen weltweit:

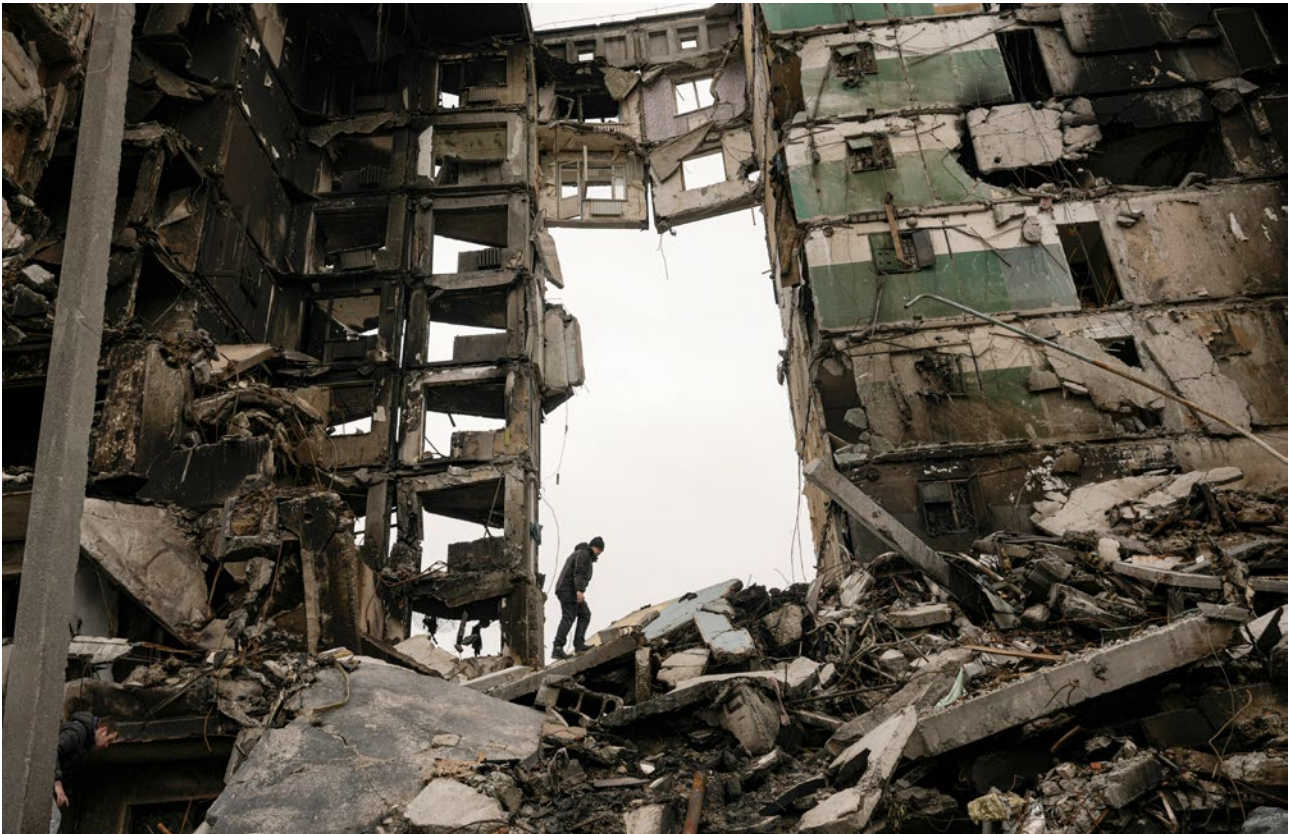
Demonstranten im Iran singen „*Soroode Zan*“. Die Proteste begannen, als die 22-jährige Mahsa Amini am 16. September 2022 in der Obhut der iranischen Sittenpolizei starb, nachdem sie wegen des „unsachgemäßen“ Tragens ihres Hijabs festgenommen worden war. Foto: Picture Alliance/Fotograf:in: Allison Bailey

33 Niklas Luhmann: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1997, S. 661; vgl. auch S. 683.

34 Ders. Inklusion und Exklusion, in: ders.: Soziologische Aufklärung 6, Opladen 1995, S. 237–264, hier S. 261 f.

35 Ebd., S. 256. – Neben Korruption lässt sich auch an die Art von Machtmissbrauch unter Ausnutzung organisational-rollenspezifischer Positionen in Entscheidungshierarchien denken, die exemplarisch durch #MeToo publik gemacht wurden.

36 Armin Nassehi: Die Rückkehr des Feindes. <https://www.zeit.de/kultur/2022-02/demokratie-bedrohung-russland-ukraine-krieg-wladimir-putin> [Stand: 12.03.2025].



Krieg gegen die Demokratie: Bewohner eines zerstörten Gebäudes in der Ukraine suchen in den Trümmern nach Überresten, Borodyanka, 5. April 2022.

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Vadim Ghirda

Menschheitsgeschichte gefeilt ist, die darauf zielen, die Errungenschaften des Projekts der Moderne zu vernichten. Ein derartiger Angriff ist wohl im großen Stil gerade zu erleben, im antagonistischen Konflikt zwischen liberaler Demokratie und Autoritarismus, zwischen den westlichen Demokratien und den diese herausfordernden Autokratien und ihren Parteigängern.

Feinde der Freiheit: okzidentalischer Autoritarismus

„Der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 war die erste militärische Schlacht im Konflikt zwischen der Achse der Autokraten und der demokratischen Welt“, befand jüngst Anne Applebaum.³⁷ Um das Wesen dieses Konflikts zu bestimmen, griff Armin Nassehi in einem am 25. Februar 2022 veröffentlichten Essay auf den

Begriff der „Feindschaft“ zurück,³⁸ im Sinne Carl Schmitts „die seismäßige Negierung eines anderen Seins. Krieg ist nur die äußerste Realisierung dieser Feindschaft.“³⁹ Die Feindschaft ist, anders als die Konkurrenz, unversöhnlich, nicht verhandelbar. Nassehi zufolge begründet sie sich in Putins Sicht des liberaldemokratischen Westens als einer Bedrohung seiner autokratischen Herrschaft: Ein durch freie Öffentlichkeit und Wahlen, Teilung und Bindung der staatlichen Gewalten an Recht und Gesetz und andere Formen der Machtbegrenzung und Herrschaftskontrolle charakterisiertes Gesellschafts- und Regierungssystem steht dem „Durchregieren“⁴⁰ des autokratischen Herrschers entgegen und würde seiner Macht Grenzen setzen. Die Anziehungskraft der liberalen Demokratie und ihrer Freiheits- und Wohlstandsversprechen auf sein eigenes Volk ist daher die größte Bedrohung

37 Anne Applebaum: Die Achse der Autokraten, München 2024, S. 20.

38 Nassehi (wie Anm. 36).

39 Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen, Berlin 1987, S. 33.

40 Nassehi (wie Anm. 36).

für den Autokraten. Solange sie existiert und ihre Attraktivität ausstrahlt, ist seine Herrschaft in Gefahr. Daraus erwächst dem Westen der Feind, dessen „Rückkehr“ Nassehi konstatiert und für den Anne Applebaum die Bezeichnung einer „Achse der Autokraten“ gefunden hat, die neben Russland auch China, Iran, Nordkorea und noch einige Dutzend weiterer gegenüber dem Westen feindlich gesinnte und gegenüber der regelbasierten internationalen Ordnung revisionistische Regime umfasst. Russland kommt hier demnach aufgrund seiner Aggressivität und seiner Vorreiterrolle in der Verbindung von Autokratie und Kleptokratie eine „Schlüsselstellung“ zu, die Stärke dieser Achse und damit ihre Gefährlichkeit für die demokratische Welt wird aber durch den Netzwerkcharakter, die gegenseitigen Unterstützungsleistungen und die Kooperation gegen den Westen innerhalb dieser Achse noch gesteigert.⁴¹ Applebaums Charakterisierung dieser Achsenregime als „autokratische Kleptokratie[n]“⁴² verweist auch in der Metaphorik auf Keanes Neue Despotien. Die Kleptokratie ist ein „Mafiastaat, dessen Zweck ausschließlich darin [besteht], seine Führer zu bereichern“,⁴³ ein auf Korruption, persönlichen Loyalitäten und Abhängigkeiten innerhalb des Unterdrückungsapparats beruhendes, staatlich organisiertes Herrschaftssystem, das „wie ein Verbrechersyndikat [operiert], ein Parasit, der seinen Wirt aussaugt“.⁴⁴

Ideologisch scheint die Kleptokratien der autokratischen Achse vordergründig wenig zu verbinden: „Ihre Bande untereinander und mit ihren Freunden in der demokratischen Welt sind keine Ideale, sondern Geschäftsbeziehungen, die der Aufweichung internationaler Sanktionen, dem Austausch von Überwachungstechnologie und der gegenseitigen Bereicherung dienen.“⁴⁵ Dennoch ist die ideologische Ebene ihres Konflikts mit der liberaldemokratischen Welt relevant und verweist, jenseits der auch ideologisch-programmatischen Diversität und zum Teil Rivalität dieser Akteure, auf ihre anti-westliche Frontstellung als auch ideologische Gemeinsamkeit. Denn, erstens, ist es die Idee der Freiheit, deren Attraktivität die Feindschaft des Autokraten gegen den Westen

begründet. Sie ist es, die seine Herrschaft bedroht, wenn seine Bevölkerung davon ergriffen wird. Deswegen wird, zweitens, der Konflikt auch auf der ideologischen Ebene ausgetragen. Die Ideologie ist, neben anderem, Mittel der Konfliktaustragung, die von autoritärer Seite auf Selbstlegitimierung und die Mobilisierung von Unterstützung im Kampf gegen den Westen und auf dessen Entwertung zielt.⁴⁶ Davon ausgehend, lässt sich der Klammerbegriff des Autoritarismus für die ideologische Gemeinsamkeit dieser Akteure weiter spezifizieren: als okzidentalistischer Autoritarismus.



Ian Buruma und Avishai Margalit haben zu Beginn der 2000er Jahre, geprägt von 9/11 und dem *war on terror*, zur Bezeichnung und Analyse solcher, spezifisch anti-westlicher, insbesondere auf die Entwertung des Westens abzielender Ideologie den Begriff „Okzidentalismus“ eingeführt. Sie bezeichnen damit ein ideologisches Konglomerat von negativen Stereotypen und Vorurteilen gegen den Westen, im Sinne jenes als Projekt der Moderne

Angriff auf die Demokratie: Die Zwillingstürme des World Trade Centers am 11. September 2001 kurz vor dem Einsturz
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Gulnara Samoilova

41 Applebaum (wie Anm. 37), S. 20; vgl. S. 10 ff., 56 ff.

42 Ebd., S. 35.

43 Ebd.

44 Ebd., S. 51.

45 Ebd., S. 11.

46 Dazu gehören auch hybride Einflussnahmen in Form von Desinformationskampagnen und der Verbreitung antiwestlicher Propaganda und Narrative, auch unter Einsatz von Sympathisanten in der westlichen Welt, die darauf zielen, die liberalen Demokratien zu destabilisieren und auch dadurch ihrer Anziehungskraft zu berauben.

verstandenen ideellen Traditionszusammenhanges, der sich gegenwärtig in der politischen Ordnung der liberalen Demokratie und ihrer säkularisierten, individualistischen und pluralistischen Gesellschaft verkörpert. Es sind gerade diese emanzipatorischen Errungenschaften, die die okzidentalistische Feindschaft und die Verachtung der westlichen Welt und ihrer Angehörigen als dekadent, degeneriert, spirituell verarmt, götzendienerisch und vertiert motivieren. Okzidentalismus ist das „dehumanizing picture of the West painted by its enemies“,⁴⁷ – und zwar in Worten wie Taten. Exemplarisch hierfür ist die Auskunft Osama bin Ladens, der Terroranschlag vom 11. September 2001 habe das Ziel verfolgt, „Amerika zu schlagen, zu demütigen, zu erniedrigen, zu entwürdigen.“⁴⁸

Historisch handelt es sich beim Okzidentalismus um ein ursprünglich europäisches Phänomen, das in der Ablehnung der emanzipatorischen Entwicklung der Moderne infolge von Aufklärung und Französischer Revolution wurzelt und sich im 20. Jahrhundert beispielsweise in den konservativ-revolutionären, faschistischen und verwandten antidemokratischen Strömungen der Zwischenkriegszeit artikuliert und zugleich auch globalisierte. Die Perspektive eines davon abgeleiteten Begriffs des okzidentalistischen Autoritarismus sensibilisiert für die mit dem Dekadenznarrativ verknüpften ideologischen Gemeinsamkeiten der antiwestlichen Akteure der Gegenwart. Es sind Motive wie Antisemitismus, Misogynie und, damit verbunden, ein toxisches Männlichkeitsideal und dessen spezifische Ausprägung zu einem politisch-religiös verbrämten Führerkult, die sich nicht nur in der für Buruma und Margalit wichtigsten religiösen Quelle des gegenwärtigen Okzidentalismus finden, dem Islamismus,⁴⁹ sondern etwa auch im „Chauvinismus“⁵⁰ des Putin-Regimes und seiner slawophilen und eurasistischen, im Kern faschistischen

Vordenker.⁵¹ Der seit der Reaktion gegen die Französische Revolution dezidiert antimodernistische Affekt des Antisemitismus,⁵² „Hypermaskulinität und die Unterordnung von Frauen“⁵³ prägen die Narrative und Praktiken des okzidentalistischen Autoritarismus.



Ideologische Pathologien der Freiheit: identitärer und libertärer Populismus

Es entbehrt nicht der (traurigen) Ironie, dass ausgerechnet JD Vance, der vormalige Kritiker und jetzige Vizepräsident Donald Trumps, den liberalen Demokratien Europas Prinzipienverrat vorwarf, als er deren Vorgehen gegen Desinformation und Hassrede als Bedrohung der Freiheit anprangerte und sie im Namen der Demokratie zur Zusammenarbeit mit autoritär-populistischen Kräften aufforderte.⁵⁴ Von europäischer Seite wurde dieser Auftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz

Toxische Männlichkeit? Putin und Xi prosteten sich im März 2023 bei einer Veranstaltung im Kreml zu.
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Pavel Byrkin

47 Ian Buruma/Avishai Margalit: *Occidentalism. The West in the Eyes of Its Enemies*, New York 2005, S. 5.

48 Osama bin Laden: „Taktische Empfehlungen“ (2002), in: Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hg.): *Al-Qaida. Texte des Terrors*, München, Zürich 2006, S. 107–113, hier S. 112.

49 Vgl. Buruma/Margalit (wie Anm. 47), S. 102.

50 Sabine Fischer: *Die chauvinistische Bedrohung. Russlands Kriege und Europas Antworten*, Berlin 2023, S. 15 ff.

51 Vgl. Timothy Snyder: *Der Weg in die Unfreiheit. Russland Europa Amerika*, München 2018, S. 24 ff., 92 ff.

52 Vgl. Buruma/Margalit (wie Anm. 47), S. 33 ff.

53 Fischer (wie Anm. 50), S. 53; vgl. Buruma/Margalit (wie Anm. 47), S. 128 ff.

54 Die Rede im Original unter: https://www.realclear-politics.com/video/2025/02/14/full_speech_vice_president_jd_vance_addresses_munich_security_conference.html [Stand 12.03.2025].

im Februar 2025 nicht nur als Einmischung in den in Deutschland laufenden Wahlkampf wahrgenommen, wie zuvor schon die Aktivitäten Elon Musks zugunsten der AfD, Vances Mitstreiters und zugleich libertären Konkurrenten im Trump-Lager, den er in seiner Rede mit einem Seitenhieb bedachte, sondern als aggressive Aufkündigung der transatlantischen Wertegemeinschaft seitens der vormaligen Führungsmacht des Westens: „*JD Vance declares ideological war on Europe*“, titelte *Le Monde* in der internationalen Ausgabe und verglich die Rede in ihrer Feindseligkeit mit derjenigen Wladimir Putins bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007.⁵⁵

Vance, als führender Vertreter einer Regierung, die gegenwärtig dabei ist, das Mutterland der liberalen Demokratie nach ihrem Gusto umzugestalten und gleichzuschalten, mit dem Versprechen *to make America great again* („*MAGA*“), liest den verbleibenden liberalen Demokratien des Westens im Namen der Freiheit die Leviten. Dies ist nicht nur wegen der geopolitischen Implikationen beunruhigend, sondern auch charakteristisch für den „autoritären Populismus“⁵⁶ der sich in der *MAGA*-Bewegung Trumps exemplarisch zeigt und spätestens seit dessen erstem Wahlsieg 2016, zugleich das Jahr des Brexit-Referendums im Vereinigten Königreich, in praktisch allen westlichen Demokratien Erfolge feiert, wie sich in Deutschland zuletzt besonders bei den Landtagswahlen 2024 und bei der Bundestagswahl 2025 zeigte. Armin Schäfer und Michael Zürn definieren autoritären Populismus als „eine Ideologie, die nationalistische Positionen gegen liberale Eliten setzt und der zufolge politische Entscheidungen möglichst unverfälscht dem nichtmediatisierten Mehrheitswillen entsprechen sollen.“⁵⁷ Damit untergräbt der autoritäre Populismus die liberalen Demokratien des Westens von innen und greift sie unter Berufung auf Freiheit und Demokratie an, mit dem Ziel der Übernahme. Bereits die auffällige Affinität vieler populistischer Akteure zu autoritären Herrschern und Autokratien, von denen sie in deren Interesse

an der Destabilisierung des verhassten Westens alimentiert werden, rechtfertigt es, den autoritären Populismus auf der Seite der autoritären Herausforderer der liberalen Demokratie zu verorten. Das ideologische Selbstverständnis dieses autoritären Populismus ist allerdings im Hinblick auf die Tatsache, dass er sich in seinen Angriffen gegen die liberale Demokratie regelmäßig auf den modernen Wert der Freiheit beruft, vor diesem Hintergrund erläuterungsbedürftig.

Der Vorschlag, der hier gemacht werden soll, lautet, die autoritär-populistische Freiheitssemantik, in Anlehnung an ein theoretisches Konzept Axel Honneths, als ideologischen Ausdruck einer „Pathologie der Freiheit“ zu verstehen. Honneth bezeichnet solche sozialen Phänomene als „Pathologien der Freiheit“, die durch eine systematisch verzerrte Fehlinterpretation des Freiheitskonzepts dessen Verwirklichung in intersubjektiver Verständigung und Kooperation strukturell entgegenstehen bzw. sie effektiv sabotieren.⁵⁸ Überträgt man diese theoretische Deutungsfigur nun auf das Feld populistischer Ideologie, dann lassen sich zwei dominante Erscheinungsformen des autoritären Populismus in ihrem Kern als komplementäre Verseitigungen und Verkürzungen, als Pathologien der Freiheitsidee erkennen.

Das populistische Narrativ vom „wahren“, homogen gedachten Volk, dessen Einheit von sozialem Pluralismus bedroht und dessen „wirkliche“ Interessen von korrupten, „kosmopolitischen“ Eliten verraten und nur von populistischen Führern artikuliert und umgesetzt werden,⁵⁹ beruht auf der abstrakt positiv-freiheitlichen Vorstellung subjektiver Autonomie, die verkürzt auf das als in sich einheitlich gedachte Makrosubjekt eines nur in dieser Homogenität souveränen Volkes projiziert wird. Der Ansatzpunkt dieser einseitig verkürzten Freiheitskonzeption für den Umschlag ins Autoritäre – ins Anti-Egalitäre und Repressive – und damit zugleich die Anschlussfähigkeit für andere autoritäre

55 https://www.lemonde.fr/en/international/article/2025/02/15/in-munich-jd-vance-declares-ideological-war-on-europe_6738189_4.html [Stand: 12.03.2025].

56 Armin Schäfer/Michael Zürn: Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin 2021, S. 64 ff.

57 Ebd., S. 69.

58 Beispielsweise ein bis ins Terroristische gesteigerter Rigorismus als Pathologie moralischer Autonomie oder, als Pathologie rechtlicher Freiheit, die Dominanz strategischer Einstellungen in Interaktionsbeziehungen, nach dem Vorbild einer wechselseitigen Wahrnehmung der Akteure als potenzielle Gegner in einem Gerichtsverfahren. Vgl. Honneth (wie Anm. 11), S. 157 ff., 206 ff.

59 Vgl. Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016.

Ideologien, etwa Varianten des okzidentalistischen Autoritarismus, liegt in der Bindung der Freiheit an die homogene Identität des Makrosubjekts; das Heterogene ist auszuschließen oder zu unterdrücken, gegebenenfalls zu bekämpfen: kosmopolitische Eliten, nonkonformistische Individuen, fremde Individuen, Gruppen und Völker. Die illiberale und antiindividualistische Grundannahme der Gegebenheit und normativen Vorrangigkeit einer – nicht zwingend, aber regelmäßig ethnisch definierten – homogenen Kollektividentität teilt dieser autoritäre Populismus mit der Identitätspolitik der progressiven Linken⁶⁰ und den Identitären auf der extremen Rechten und macht ihn rechts wie links anschlussfähig für die einschlägigen Diskurse. Um diesen Aspekt des autoritären Populismus zu kennzeichnen und ihn zugleich von einem anderen Aspekt zu unterscheiden, sei hier vorgeschlagen, von einem identitären Populismus zu sprechen.

Neben diesem identitären Populismus treten in letzter Zeit phänomenologisch, besonders deutlich seit den Wahlerfolgen Javier Mileis und aufgrund der prominenten Rolle Elon Musks im US-Präsidentenwahlkampf und der Regierung Donald Trumps, die Konturen einer zweiten autoritär-populistischen Ausprägung hervor, die man als libertären Populismus bezeichnen kann. Im Sinne der freiheitspathologischen Fehlinterpretation lässt er sich als systematische Verzerrung negativer Freiheit ableiten: als Leitbild eines souveränen Individuums, das seine Ziele nicht rechtfertigungspflichtig in abstrakt negativer Freiheit von den vermeintlich „widernatürlichen“ Einschränkungen staatlicher Gängelung und moralischer Bevormundung verfolgt und jene Souveränität dadurch behauptet, dass es sich aufgrund seiner Stärke, Leistungsfähigkeit und Überlegenheit gegen andere durchsetzt. Die daraus erwachsende soziale Ungleichheit ist als Folge der angenommenen natürlichen Ungleichheit der Individuen nicht nur gerechtfertigt, sondern zugleich Garant der Auslese des besten Führungspersonals zum Wohle der Gesellschaft. Ideengeschichtlich lässt sich dieses Motiv auf die „aristokratisch-individualistischen“ und „individualanarchistischen“ Positionen in den von Nietzsche und Stirner beeinflussten intellektuellen Avantgarden und künstlerischen Subkulturen des späten 19. Jahrhunderts und den

60 Hierzu instruktiv Francis Fukuyama: *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*, Hamburg 2020, S. 135 ff.

daran anschließenden Individualismus-Diskurs zurückführen.⁶¹ Der Individualismus des souveränen Individuums wurde seinerzeit explizit als Antithese zum „Demokratismus“ der modernen Gesellschaft behandelt und war diskursiv über Nietzsches „Übermensch“ eng verknüpft mit dem zeitgenössischen Geniekult. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts über weitere Stationen ideologisch angereichert, fand diese libertäre Semantik, vermittelt etwa durch Ayn Rand und durch die kalifornische Gegenkultur der 1960er Jahre ihren Weg auch in das Denken des Silicon Valley – und damit in die Köpfe von Tech-Milliardären wie Peter Thiel und Elon Musk.⁶²

Man kann diese beiden Ausprägungen des autoritären Populismus, die identitäre und die libertäre, also als ideologische Pathologien der Freiheit bezeichnen, als ideologische Vereinseitigung und Verkürzung der Freiheitsidee, die dadurch ins Autoritäre umschlägt und insofern pathologisch ist: zunächst eine Vereinseitigung auf den positiven Aspekt von Freiheit im identitären, auf den negativen Aspekt im libertären Populismus, die sodann jeweils verbunden wird mit einem verkürzten Verständnis des jeweiligen Freiheitssubjekts. Dabei stehen die Souveränität des homogenen Volks und die Souveränität des sozial bindungslosen Individuums und ihre jeweiligen abstrakten Freiheitsansprüche im autoritär-populistischen Ideologieangebot unvermittelt nebeneinander. Dies äußert sich auch in programmatischen Spannungen und mitunter aufbrechenden Konflikten

61 Vgl. hierzu und zum folgenden Alexander Stulpe: *Gesichter des Einzigen. Max Stirner und die Anatomie moderner Individualität*, Berlin 2010, S. 470 ff., 902 ff. – Vgl. auch Alexander Stulpe: *Max Stirner, Der Einzige und sein Eigentum (1845)*, in: *Geschichte des politischen Denkens. Das 19. Jahrhundert*, hg. von Manfred Brocker, Berlin 2021, S. 315–328.

62 Vgl. Adrian Daub: *Was das Valley denken nennt. Über die Ideologie der Techbranche*, Berlin 2020. Auch die Kritik an den autoritären Tendenzen dieser libertären Ideologie wurde bereits seit den 1890er Jahren immer wieder formuliert, aus marxistischer Perspektive paradigmatisch von Georg Plechanow, in den 1960er Jahren beispielsweise von Hans G. Helms; vgl. Stulpe (2010, wie Anm. 61), S. 436 ff., 867 ff. Mit Blick u. a. auf Corona-Proteste und „Querdenker“ haben das Thema aufgenommen Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey: *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin 2022.



Demokratische Bewegungen weltweit: Südkoreanische Protestierende fordern am 4. Dezember 2024 den Rücktritt von Präsident Yoon Suk Yeol, nachdem dieser als Reaktion auf von der politischen Opposition blockierte Haushaltsentwürfe das Kriegsrecht ausgerufen hatte.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Kyodo

innerhalb des populistischen Lagers,⁶³ wird aber weitgehend verdeckt durch die gemeinsamen, identitär wie libertär motivier- und mobilisierbaren Idiosynkrasien gegenüber der liberalen Demokratie und ihrem Staat: etwa in der Rebellion gegen als *woke* und kosmopolitisch diffamierte Eliten und gegen vermeintliche moralische Bevormundung; in der Ablehnung staatlicher Regulierung, sozialstaatlicher Umverteilung, gesellschaftspolitischer Programme zur Förderung benachteiligter Gruppen, generell von Minderheitenschutz und Gleichstellungspolitik. So treffen sich identitärer Antipluralismus und libertärer Schranken Hass in der Aversion gegenüber dem liberaldemokratischen Staat und in dem Bestreben, diesen als Garanten und Verkörperung der Freiheit bis zur Funktionsunfähigkeit – „mit der Kettensäge“ – zu schleifen.

63 Wie beispielsweise jüngst in Fragen der Einwanderungspolitik zwischen den libertären Tech-Milliardären und den identitär-populistischen Nationalisten im „MAGA“-Lager, vgl. <https://www.spiegel.de/ausland/steve-bannon-teilt-gegen-elon-musk-aussagen-in-der-anhaengerschaft-von-donald-trump-a-f9ae0bb3-a3f9-4113-8b56-7a0399b355a9> [Stand: 12.03.2025].

Ideologische Affinitäten und mentale Dispositionen

Der autoritäre Populismus erscheint in den beiden beschriebenen Ausprägungen als ideologischer Übergangsbereich zwischen der Idee der liberalen Demokratie und ihrem Widersacher, dem okzidentalistischen Autoritarismus, und zwar wie eine Wippe, die bald zur einen, bald zur anderen Seite kippen kann, je nachdem, wie der Schwerpunkt verlagert wird. Sein ideeller Ausgangs- und Bezugspunkt ist die Freiheit, nicht die despotische Herrschaftskonzeption des okzidentalistischen Autoritarismus. Aber die Implikationen seiner pathologischen Freiheitsverständnisse sind autoritär und insofern anschlussfähig zu okzidentalistischen Ideologieangeboten. Die Affinität autoritär-populistischer Akteure zu bestimmten, staatlichen wie nichtstaatlichen Vertretern des okzidentalistischen Autoritarismus ist insofern nicht nur strategisch bedingt, sondern erklärt sich auch systematisch, aus der ideologischen Pathologie der Freiheit. Zugleich enthalten diese pathologischen Freiheitsverständnisse aber auch Momente, die im komplexen Kontext der liberaldemokratischen Freiheitsidee wichtig und wertvoll sind: In der identitären Variante ist es das verkürzte republikanische Ideal

einer sich demokratisch selbst bestimmenden, und insofern souveränen Gemeinschaft, die homogen im Hinblick auf die von ihren Angehörigen geteilte Bereitschaft ist, solidarisch füreinander und für den Erhalt und die Verteidigung ihres freiheitlichen Gemeinwesens einzustehen. In der libertären Variante ist es der Gedanke des unbedingten normativen Vorrangs der Freiheitsrechte des in diesem Sinne souveränen Individuums,⁶⁴ die aber in einem egalitär-liberalen Verständnis gleichermaßen für alle Individuen gelten und darin ihre äquidistanten Grenzen finden müssen.

Dieser schwankende Übergangsbereich des autoritären Populismus ist daher ein Feld, auf dem sich entscheidet, wer für die liberale Demokratie schon verloren ist und wer noch zurückgewonnen werden kann. Das gilt auch mit Blick auf Staaten insgesamt, wie die Lage der USA bedenklich vor Augen führt, zunächst aber für deren Bürgerinnen und Bürger. In seinem republikanischen Hauptwerk, den *Discorsi*, stellt Machiavelli fest, dass sich die Bevölkerung eines Gemeinwesens politisch-psychologisch in zwei Gruppen einteilen lässt: in diejenigen, die herrschen wollen, und diejenigen, die nur nicht beherrscht werden wollen.⁶⁵ Bezieht man diese grundlegende Differenz auf die Frage nach der Attraktivität autoritärer Ideologieangebote, darf man zunächst vermuten, dass die Angehörigen der zweiten Gruppe diesbezüglich eine hohe Immunität aufweisen. Wer die Idee der Freiheit im republikanischen Sinne Pettits als „moralischen Kompass“⁶⁶ verinnerlicht hat, das heißt inklusive ihrer universalistischen, egalitär-individualistischen Implikationen, ist mental gegen autoritäre Verlockungen gefeit, man kann sagen: demokratietauglich.⁶⁷ Es ist aber auch denkbar,

dass, wer für sich selbst Freiheit beansprucht, zugleich indifferent gegenüber der Unfreiheit anderer ist, und insofern anfällig für die pathologischen Freiheitsversprechen des autoritären Populismus; vielleicht aber auch, so lässt sich zumindest hoffen, zugänglich für die Einsicht, dass wirkliche Freiheit nur als gleiche Freiheit aller Individuen zu haben ist – eine Frage von Aufklärung und politischer Bildung.

Bei Angehörigen der ersten Gruppe, denjenigen, die herrschen wollen, wird man im Hinblick auf die politische Sozialisation früher und tiefer und wohl auch umfassender ansetzen müssen, um die Entwicklung autoritärer Dispositionen zu verhindern beziehungsweise im Sinne der notwendigen mentalen Existenzbedingungen einer liberaldemokratischen Ordnung zu korrigieren. Denn für autoritär Disponierte entfaltet – gegebenenfalls mit autoritär-populistischer Einstiegsdroge – der okzidentalistische Alternativentwurf zur liberaldemokratischen Moderne eine besondere Attraktivität: die diesbezüglich wirksame Vision einer bereits entstehenden despotischen Ordnung, deren Führer die Welt unter sich als Herrschafts-territorien aufteilen, deren Anhänger sich bereitwillig unterwerfen im Tausch für eine versprochene Teilhabe an despotischer Macht, die ihnen noch am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie zugestanden wird – eine Variante des in Nietzsches Psychologie des Ressentiments angesprochenen „Glück[s] der ‚kleinsten Überlegenheit‘“:⁶⁸ gegenüber Frauen, Andersgläubigen oder Angehörigen ethnischer und anderer Minderheiten.

So verweist der Selbstbehauptungskampf der liberalen Demokratie angesichts ihrer autoritären Infragestellungen auf das Feld ideologischer Auseinandersetzungen und kultureller Hegemonialkämpfe und auch auf die Bedingungen politischer Sozialisation und generell der Ausbildung mentaler Dispositionen. Unter dem Aspekt demokratischer Resilienz kommt hierbei der Sphäre der politischen Öffentlichkeit eine herausragende Bedeutung zu, die aus diesem Grund und insbesondere infolge der digitalen Transformation der Gesellschaft zugleich eine Sphäre besonderer Vulnerabilität ist. Davon handelt der nächste Teil dieser Serie. ▀

64 „*There are only individual people, different individual people, with their own individual lives. Using one of these people for the benefit of others, uses him and benefits the others. [...] To use a person in this way does not sufficiently respect and take account of the fact that he is a separate person, that his is the only life he has.*“ Robert Nozick: *Anarchy, State and Utopia*, New York 2013, S. 33.

65 Vgl. Machiavelli (wie Anm. 23), S. 20. In den folgenden Überlegungen werden diese psychologischen Dispositionen von Machiavellis frühneuzeitlicher Zuschreibung auf „Adel“ und „Volk“ gelöst.

66 Pettit (wie Anm. 18), S. 22 ff.

67 Vgl. Alexander Stulpe: Nachhaltigkeitspolitik und Demokratie, in: E+P 2 (2024), S. 4–15, hier S. 14.

68 Friedrich Nietzsche: *Zur Genealogie der Moral*. Kritische Studienausgabe Bd. 5, München, Berlin, New York, S. 383.